

kalten Krieges. Das Gericht aber entstellt dieses über alle geographischen, ideologischen, politischen, sozialen und religiösen Grenzen erhabene Streben nach der Sicherung und Erhaltung des Friedens.

Die Beweisaufnahme ergab, daß das Friedenskomitee auch jeden positiven Gedanken westlicher Politiker zur Beendigung des kalten Krieges aufgriff und nachdrücklich unterstützte. Mit der Verschiebung der tatsächlichen Frontstellung aller friedliebenden Kräfte gegen den aggressiven deutschen Militarismus und Imperialismus auf die politisch-geographische „Ost-West“-Ebene aber glaubte das Gericht, sich eine Plattform für seine weitere Argumentation geschaffen zu haben. Sie besteht in der Behauptung, daß das Friedenskomitee, weil es „den Osten“ gelobt und „den Westen“ kritisiert habe, zugleich das als verfassungswidrig bezeichnete Ziel verfolge, „einer Parteidiktatur der SED den Weg zu bereiten“. Als einzigen „Beweis“ für diesen, den festgestellten Tatsachen und jeder Logik widersprechenden Schluß zitierte Landgerichtsdirektor Dr. Meyer die Feststellung Wilhelm Piecks auf dem III. Parteitag der SED im Jahre 1950 (!):

„Der Frieden in Europa kann nur dann als gesichert angesehen werden, wenn ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland besteht und die Zerreißung Deutschlands überwunden ist.“

Diese in ihrer Aussage eindeutige Feststellung kommentiert Dr. Meyer — ohne weitere Argumente zu nennen — mit den Worten: „Daß hierunter Gesamtdeutschland nach dem Muster der sogenannten DDR zu verstehen ist, bedarf keiner Erklärung.“ Daß die DDR eine „Parteidiktatur“ sei, wird vom Gericht — das sich hierbei auf die antikommunistischen Propagandathesen des Lemmer-Ministeriums stützt — als „allgemeinkundig“ unterstellt.

Den Nachweis, daß auch das Friedenskomitee diese der SED verleumderisch unterstellten Absichten verfolge, ersetzt das Gericht durch die Erwnung eines Artikels Max Reimanns, in dem die obige Feststellung Wilhelm Piecks zitiert wird und u. a. alle Mitglieder der KPD aufgefordert werden, „die Bildung des Friedenskomitees und seine Arbeit auf breitester Grundlage zu unterstützen“.

Es ist offensichtlich, daß diese Argumentation des Gerichts mit einem Beweis nichts mehr zu tun hat. Hier wurde unter Außerachtlassung aller Regeln der Logik und unter Bruch der eigenen Gesetze Behauptung neben Behauptung gesetzt. Dieses Neben- und Durcheinander von unbeweisbaren Vermutungen und Verdrehungen kann — wenn man ihren Urhebern nicht jede Denkfähigkeit absprechen will — nur von dem Gedanken bestimmt sein, ein vorab feststehendes politisches Ziel zu erreichen: das Friedenskomitee als „verfassungswidrig“ zu erklären.

Diese politische Zweckbestimmung der geschilderten Konstruktion macht die mündliche Urteilsbegründung denn auch sehr deutlich. Die in der Beweisaufnahme festgestellten Tatsachen wurden nicht etwa — wie es bei jeder auf der Wahrheit aufbauenden gerichtlichen Entscheidung selbstverständlich ist und auch von der westdeutschen Strafprozeßordnung vorgeschrieben wird — zur Grundlage der strafrechtlichen Beurteilung gemacht. Alle erhobenen Beweise wurden vielmehr unabhängig von ihrer sachlichen Aussage dieser unbewiesenen, vorweggenommenen Zweckkonstruktion untergeordnet. So wurden der Kampf gegen die Remilitarisierung und atomare Aufrüstung als „Beweis“ für eine Parteinahme „gegen den Westen“, die Forderung nach totaler Abrstung und nach Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik als Zeichen einer „vorbehaltlos einseitigen“ Haltung „für den Osten“ angesehen, die das Ziel verfolge, „den Westen“ zu schwächen und wehrlos zu machen. Es liegt auf der Hand,

daß eine solche zweckbestimmte Auslegung festgestellter Tatsachen zwangsläufig zu einer Vergewaltigung der Wahrheit führt, die die Widersprüche zwischen den festgestellten Tatsachen und dem Ergebnis der Deutung noch sichtbarer machen muß. Das äußerte sich in diesem Verfahren besonders darin, daß die Ergebnisse der gerichtlichen Deutung in offensichtlichen Widerspruch zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz gerieten, auf deren Verwirklichung die gesamte Tätigkeit der Friedensbewegung gerichtet ist. Der Versuch des Gerichts, diesen selbst verursachten Widerspruch in der Urteilsbegründung zu verdecken, führte zu einer völligen Bloßstellung seiner politischen und ideologischen Position.

Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz hatte die Verteidigung bereits während der Beweisaufnahme in einem Beweisantrag aufgeführt und Bundeskanzler Adenauer als Zeugen dafür benannt, daß die Bonner Machthaber diese Prinzipien ablehnen. Das Gericht lehnte seinerzeit diesen Antrag mit der allen Tatsachen widersprechenden Begründung ab, daß die Bonner Regierung diese festumrissenen Prinzipien der friedlichen Koexistenz offenkundig nicht ablehne und deshalb kein Gegenbeweis möglich sei. In der mündlichen Urteilsbegründung warf nun das Gericht wiederum seine ursprüngliche Konstruktion über Bord und erklärte plötzlich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz für „mehrdeutig“. „Wichtiger oder noch wertvoller“, so erklärte Dr. Meyer wörtlich, als „die Abrstung, der Austausch der Güter, die Achtung vor geschlossenen Verträgen und die Lösung der sozialen Probleme“ sei „die Wahrung der Rechte des einzelnen Menschen, die menschliche Würde, die Familie und die Religion“. Deshalb könne der Begriff der friedlichen Koexistenz, „wird er gebraucht ohne Verbindung zur menschlichen Freiheit, ... eher Gegensätze aufreißen als ausgleichend wirken“ und „nur eine halbe Brücke, wenn nicht gar eine Frontstellung“ sein.

Mit dieser Argumentation entlarvt sich das Gericht selbst als willfhriges Instrument des aggressiven deutschen Militarismus und Imperialismus. Das ist die Rechtfertigung eines Blitzkrieges gegen die DDR. Hier wird nahezu unverhüllt zu einem „heiligen Krieg“ der Monopolisten und Junker zur „Befreiung“ der Werktätigen von ihren sozialistischen Errungenschaften aufgerufen, im Namen der „Religion“ und der „Rechte des einzelnen Menschen“ (sprich: der vom Volk enteigneten und nach Revanche dürstenden Monopolisten und Großgrundbesitzer).

Die schamhafte Verhüllung dieser eindeutigen Parteinahme für die Adenauer-Politik aber liefert das Vokabular des politischen Klerikalismus. Damit glaubt man offenbar, über den Kern dieser Behauptungen hinwegtäuschen zu können. Indem jedoch die Rechte des einzelnen Menschen, seine Würde, die Familie und auch die Religion dem friedlichen Wettbewerb, der Abrstung und der Achtung des Völkerrechts entgegengestellt werden, wird der von den Propagandisten des politischen Klerikalismus gemeinte Inhalt dieser Begriffe offenbar. Wahre menschliche Freiheit kann es nur im Frieden geben; seine Erhaltung und Sicherung ist völkerrechtliche Pflicht und erhebt die Abrstung zur vordringlichsten Aufgabe. Wenn diese Zusammenhänge zerrissen und die Begriffe gar gegenübergestellt werden, dann kann die von ihrer Grundlage getrennte „menschliche Freiheit“ nur in der Unterordnung unter die Feinde des Friedens bestehen.

Es liegt auf der gleichen Linie, wenn das Gericht über die zahlreichen Beweise für die aggressive, friedensgefhrende Politik der Bonner Machthaber, die die Notwendigkeit und Berechtigung des Kampfes der Friedensbewegung verdeutlicht, mit der Behauptung hinweggeht: „Es ist nicht Aufgabe des Gerichts, über Richtigkeit und Unrichtigkeit einer Politik zu entscheiden.“